

Medienresonanz und das Handeln von Experten im Konflikt um die Endlagerung radioaktiver Abfälle

von Peter Hocke-Bergler, ITAS

Effekte von Expertenhandeln stehen im Mittelpunkt eines ITAS-Projektes, das sich am Beispiel des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) mit Problemen öffentlicher Kommunikation und Meinungsbildung auseinandersetzt. Im Rahmen dieses Projektes wurde eine empirische Medienanalyse durchgeführt. Ausgewählte Ergebnisse dieser Medienanalyse werden hier vorgestellt und interpretiert.¹

Kontroversen über die Nutzung von Großtechnologien entwickeln sich häufig zu Konflikten, in denen sich verhärtete Positionen unversöhnlich gegenüberstehen. In diesen Konflikten sind „Verständigungen“ auf ein gemeinsames Vorgehen, über das kollektiv verbindliche Entscheidungen zu einer angemessenen Problemlösung vorbereitet werden, häufig nur schwer vorstellbar. Die Kontroverse über die Deponierung radioaktiver Abfälle in Deutschland ist ein Beispiel für eine Kontroverse dieser Art. Seit Ende 1998 versucht die rot-grüne Regierung, diese blockierte Entscheidungssituation aufzubrechen. Sie machte sich in diesem Zusammenhang u. a. auf die Suche nach neuen Formen deliberativer Politik. Eine zentrale Rolle spielte dabei eine Expertenkommission, die vom Bundesumweltministerium unter dem Namen „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AkEnd) eingerichtet wurde, um einen Vorschlag zu entwickeln, mit dem das Problem der nicht geklärten Endlagerung radioaktiver Abfälle voranzutreiben ist (vgl. Renneberg 2001).

Dieser Versuch ist mit einer politischen Hoffnung verbunden. Sie besteht darin, angesichts des Risikopotenzials, das mit den nuklearen Abfällen verbunden ist, den bisher relativ geschlossenen Entscheidungsprozess bei der Endlagersuche zu öffnen. Dies soll geschehen, indem die Stakeholder und die mehr Partizipation fordernden Teile der Öffentlichkeit in das Entscheidungsverfahren eingebunden werden. Auf diese Form des „new governance“ setzen sowohl bundesdeutsche Endlager-Experten als

auch Regierungsvertreter vor dem Hintergrund, dass in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten weltweit kein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Betrieb ging, die Abfallmengen jedoch gewaltig sind und weiter deutlich anwachsen.² Außer in Finnland und außerhalb Europas in den USA sind bisher international auch keine großtechnischen Endlager für hochradioaktive Abfälle in Sicht.³ Der AkEnd legte im Dezember 2002 dem Bundesumweltministerium Empfehlungen vor (AkEnd 2002). Inwiefern diese Empfehlungen für ein neues kriteriengestütztes Verfahren zur Suche nach einem deutschen Endlager politische Realität werden, soll – so die Erwartungen der beteiligten Akteure – in diesem Frühjahr entschieden werden.

Unterstützt wurden die Experten des AkEnd vom Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) des Forschungszentrums Karlsruhe. Die Unterstützung bestand aus einer Evaluationsstudie, die eingebunden war in das ITAS-Projekt „Expertenkommunikation im Konfliktfeld der nuklearen Entsorgung“. In einem Teilprojekt untersuchte ITAS die Resonanz, die der AkEnd und das Thema der nuklearen Entsorgung in deutschen Massenmedien und ausgewählten Fachzeitschriften fanden. In diesem Beitrag werden einige zentrale empirische Ergebnisse dieser Medienanalyse vorgestellt. Die Analyse der Daten ist noch nicht abgeschlossen. Nach dieser Darstellung ausgewählter Ergebnisse wird auf einen interessanten Sachverhalt eingegangen, der mit den massenmedialen Effekten zusammenhängt, die der AkEnd erzielte.

1 Daten und Methode

In dem Medienprojekt der Evaluationsstudie wurden verschiedene Datensätze erstellt.⁴ An dieser Stelle konzentriere ich mich auf die Endlager-Berichterstattung der Jahre 2001/2002 in ausgewählten Massenmedien. An einzelnen Stellen wird auf die Differenzen zwischen Massenmedien und Fachpublikationen hingewiesen.

Der entscheidende Anspruch an die Mediendaten, auf die sich die Untersuchung der von den Endlager-Experten erzielten Medienresonanz stützte, bestand in der Kombination dreier Faktoren: Die Daten sollten erstens repräsentativ für das deutsche Mediensystem sein, zweitens ein hohes Maß an Vollständigkeit beinhalten

und drittens systematische Qualitäten besitzen. Als Erhebungs- und Analyseverfahren wurde daher das sozialwissenschaftliche Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse eingesetzt, das durch qualitative Analysemodule ergänzt wurde.⁵ Als Analyseeinheit wurde dabei die einzelne "mediale Wortmeldung" gewählt, die über das Thema "atomare Endlagerung" berichtet oder es kommentiert.⁶ Wann das Thema erwähnt wird, wurde dabei überwiegend inhaltlich-semantic und nicht formal bestimmt.⁷ Für bundesweit wichtige Streitfragen ist der mediale Diskurs von Bedeutung, der sowohl von bundesweit berichtenden Tageszeitungen, aber auch von regionalen Abonnementzeitungen und Wochenzeitungen geführt wird. Spezifischere Sachinformationen werden dagegen – so die allgemeine Erwartung – in Fachpublikationen veröffentlicht. Daher wurden die Daten über ein Sample erfasst, das sowohl massenmediale als auch fachspezifische Teile der Berichterstattung systematisch abdeckte.⁸ Ergänzt wurde die Medienanalyse durch teilnehmende Beobachtungen bei Stakeholder-Gesprächen, die der AkEnd führte, ausgewählten Beobachtungen von AkEnd-Mitgliedern bei öffentlichen Auftritten (Workshops, Fachtagungen)⁹ sowie durch zwei repräsentative Bevölkerungsumfragen zum Thema Endlagerung und Partizipation, die auch von ITAS durchgeführt wurden.¹⁰

2 Zur Fragestellung

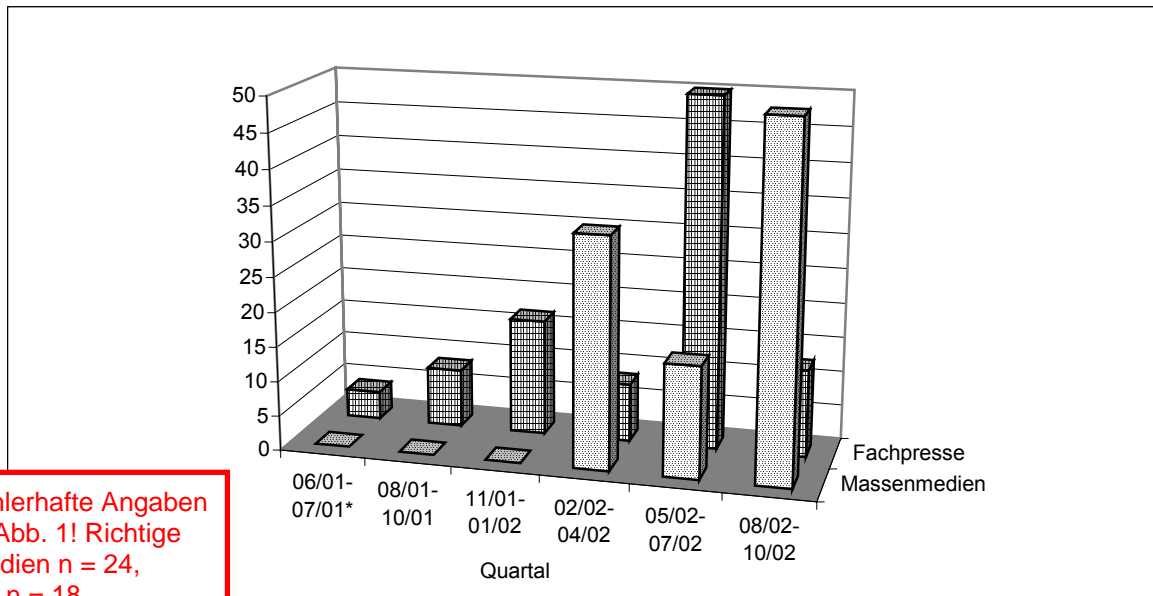
Im Mittelpunkt der Medienanalyse stehen zwei Fragen: 1.) Werden in der massenmedialen Berichterstattung kontinuierlich Aspekte der atomaren Endlagerung behandelt? 2.) Gelingt es der Expertenkommission AkEnd, zu einem wichtigen Akteur in dieser Endlager-Berichterstattung zu werden?¹¹ Theoretisch-konzeptionell lehnt sich die Studie an das öffentlichkeitssoziologische Modell von Neidhard und Gerhards an, in dem die stattfindenden öffentlichen Kontroversen als Auseinandersetzungen in verschiedenen strukturierten Arenen verstanden werden. Den Medien wird in diesem Modell eine Doppelrolle zugeschrieben. Sie sind sowohl „Dauerbeobachter“ des Geschehens, indem sie über die verschiedenen stattfindenden, von ihnen unabhängigen Auseinandersetzungen berichten. Gleichzeitig sind sie aber auch „Akteur“, der mit seinem Handeln wiederum mediengerichtete

Reaktionen bei den Konfliktparteien, über die er berichtet, hervorruft und gleichzeitig mit der Berichterstattung Unterthemen und Probleme betont oder als unwichtig klassifiziert.¹² Öffentlichkeitsarbeit und Agenda-Setting sind entsprechend als zwei Seiten einer Medaille zu begreifen. Ausgewählte empirische Ergebnisse werden im folgenden Abschnitt dargestellt. Sie behandeln vor allem die Frage, welchen Niederschlag das kollektive Handeln des AkEnd in den Massenmedien fand.

3 Wenig Medienresonanz für die Endlager-Experten

Die massenmediale Resonanz, die der AkEnd in der Zeit zwischen Juni 2001 und Oktober 2002 fand, war nicht sehr ausgeprägt. Bei der ITAS-Medienanalyse wurden in diesem Zeitraum insgesamt 3.720 Ausgaben der zwölf Massenmedien ausgewertet, die zur Stichprobe gehörten. Dabei wurde der AkEnd 18mal genannt (s. helle Balkenreihe in Abb. 1). Die erste Nennung des AkEnd erfolgte im Februar 2002. Wird die Häufigkeit der massenmedialen Nennung auf der Zeitachse mit den Nennungen in den Fachpublikationen verglichen (graue Balken), so zeigt sich, dass der AkEnd dort bereits zu Beginn des Untersuchungszeitraums genannt wurde. In den Fachpublikationen wurde der AkEnd zwar über den gesamten Zeitraum hinweg angesprochen. Die Aufmerksamkeitsschwankungen bei den Fachpublikationen zeigen jedoch gleichzeitig, dass der AkEnd auch hier kein Akteur war, dessen Arbeit kontinuierlich Gegenstand der Berichterstattung war.

Abb. 1: Zeitliche Verteilung der Berichterstattung mit AkEnd-Nennung: Massenmedien vs. Fachpublikationen (Anteile in Prozent pro Medientyp)**



17.06.2003 Fehlerhafte Angaben in Legende zu Abb. 1! Richtige Werte: Fachmedien n = 24, Massenmedien n = 18

* nur zwei Kalendermonate, kein komplettes Quartal!

** Bei den beiden Medientypen addieren sich die Quartalswerte jeweils auf 100 Prozent (Fachmedien n = 109, Massenmedien n = 134)

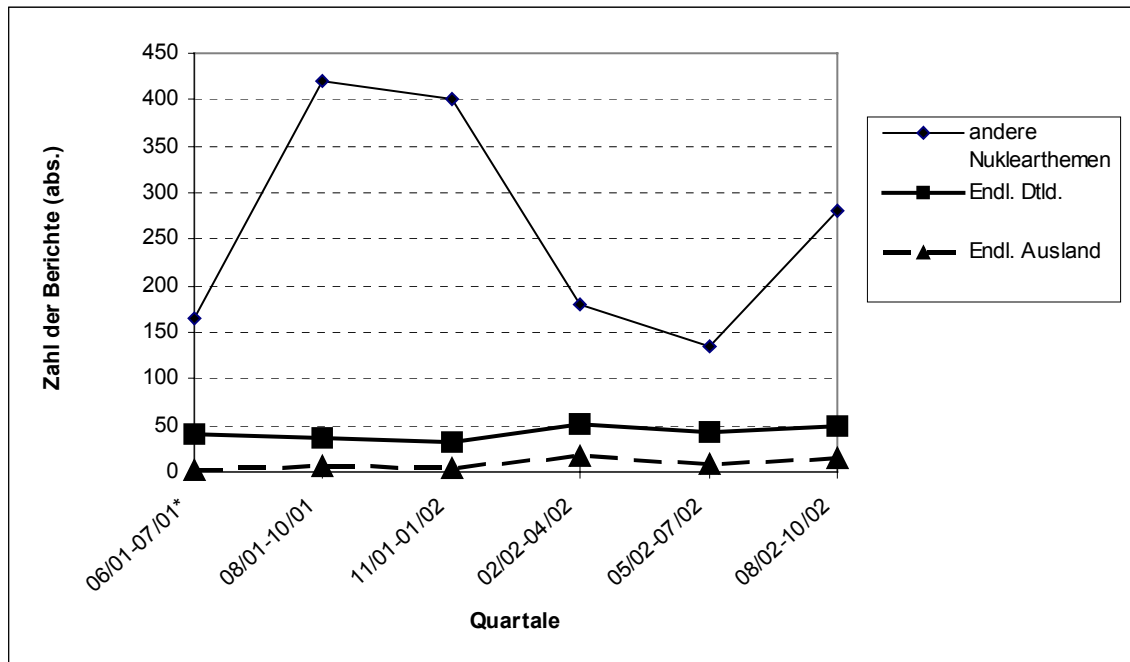
Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Um die Zahl an AkEnd-Nennungen in ein aussagekräftiges Verhältnis zu setzen, ist es von Bedeutung, die Aufmerksamkeitszyklen und die Häufigkeiten zu kennen, die die Kernenergie-Berichterstattung generell und die Endlager-Berichterstattung als eines ihrer Unterthemen auszeichneten. Abbildung 2 zeigt für alle 15 ausgewerteten Printmedien (incl. Fachpublikationen), dass die Berichterstattung zum Thema „Kernenergie“ (ohne Endlagerung) sehr starken Aufmerksamkeitsschwankungen unterworfen war (obere Linie in Abb. 2). Die Berichterstattung über Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle in Deutschland bildete dagegen einen insgesamt relativ stabilen Block der Nuklearberichterstattung (mittlere Kurve), die sich noch einmal deutlich von der sehr geringen Berichterstattung über die Endlagerung im Ausland absetzte. Werden die anderen Unterthemen der Nuklear-Berichterstattung zusammengenommen, so zeigt sich, dass durchschnittlich pro Quartal 308 Artikel veröffentlicht wurden, während für die Endlager-Berichterstattung in

Deutschland und im Ausland insgesamt 54 Artikel zu verzeichnen waren.¹³

Die Berichterstattung über die Perspektiven der Deponierung und damit der Endlagerung radioaktiver Abfälle macht also nur einen kleinen Teil der Nuklear-Berichterstattung aus. Die Endlager-Berichterstattung zeigte allerdings nicht die starken medialen Aufmerksamkeitsschwankungen, denen die Berichterstattung über die verbleibenden Kernenergie-Themen ausgesetzt war. Insgesamt wurden in den siebzehn ausgewerteten Kalendermonaten 253 mediale Wortmeldungen zur Endlagerung in Deutschland erfasst, von denen dann wiederum nur 18 Wortmeldungen den AkEnd berücksichtigten.

Abb. 2: Häufigkeit der Berichterstattung zum Thema Kernenergie: „Endlagerung erwähnt“ vs. „Endlagerung nicht erwähnt“ (nach Quartalen)



* nur zwei Kalendermonate, kein komplettes Quartal!

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Welche Akteure dominierten die massenmediale Endlager-Berichterstattung?¹⁴ Bei einer Zusammenfassung der einzelnen Akteure zu Akteurstypen bestätigte sich ein Befund, der bereits an verschiedenen anderen Stellen gezeigt werden konnte.¹⁵ Wissenschaft und Experten und ihre spezifische Fachkompetenz spielten eine relativ randständige Rolle. Regierungsorganisationen dagegen standen eindeutig im Mittelpunkt der Berichterstattung (s. Tab. 1). Es folgten Protestgruppen/Bürgerinitiativen und Parteien. Die Experten und Wissenschaftler erreichten bei der Bestimmung der Akteure, die die Berichterstattung im einzelnen Artikel dominierten, nur den vierten Rang. Allerdings waren die Experten und Wissenschaftler als dominierende Akteure in der Endlager-Berichterstattung deutlich stärker vertreten als bei den anderen nuklearen Unterthemen insgesamt (6,0 statt 2,2 %).

Tab. 1: Berichterstattung nach dominantem Akteur: „Endlagerung“ vs. „andere Nuklearthemen“ (in Prozent)

Akteurstyp	Endlager-Berichterstattung	andere Nuklearthemen
Regierungsorganisation	55,2	46,0
Protestgruppe/Bürgerinitiative	11,9	13,5
Partei	11,2	13,5
Wissenschaft/Experten	6,0	2,2
Atomwirtschaft	4,5	17,0
Verband	3,7	4,8
Sonstiges	7,4	7,8
Gesamt	100 (n=134)	100 (n=1.580)

Quelle: Hocke-Bergler 2002 / ITAS-Sample

Die konstante, wenn auch überschaubare Endlager-Berichterstattung befasste sich also nur in einer kleinen Zahl von Artikeln mit dem AkEnd. Auch die zusätzlichen qualitativen Analysen zeigten, dass der AkEnd mit seinen öffentlichen Aktivitäten und seinen öffentlichen Erklärungen kein wichtiger Akteur war, der in den Mas

senmedien besondere Aufmerksamkeit fand. Allerdings zeigte sich auch, dass die Debatte über Fragen der nuklearen Endlagerung kein mediales Top-Thema war. Zwar intensivierte der AkEnd in dieser Situation ab Ende 2001/Anfang 2002 seine Öffentlichkeits- und Medienarbeit. Entsprechend ist die massenmediale Aufmerksamkeit, die er ab Anfang 2002 fand (s. Abb. 1), auch als Ergebnis dieser strategisch angelegten öffentlichen Auftritte und Erklärungen zu interpretieren. Schließlich interessieren sich Massenmedien von Fall zu Fall auch für die Kommunikationsangebote, die Experten der an Fachfragen interessierten Öffentlichkeit machen. Gleichzeitig war aber auch festzustellen, dass die Botschaften, die der AkEnd über seine PR-Aktivitäten in den Massenmedien zu platzieren versuchte, nur in wenigen Fällen ausführlich dargestellt wurden und nur in diesen Fällen das mediale Publikum auch differenziert erreichten. Viele Medien (wie z. B. die für die Meinungsführerschaft wichtigen Nachrichtenmagazine „Focus“ und „Der Spiegel“) berichteten gar nicht. Es muss also davon ausgegangen werden, dass der AkEnd zu *einem* von vielen Akteuren in der Auseinandersetzung um Interessenartikulation und -aggregation wurde. Dies zeigte vor allem die qualitative Medienanalyse, die problemorientiert an die quantitativen Auswertungen angefügt wurde.¹⁶

Im folgenden Abschnitt wird die PR-Arbeit knapp bewertet und anschließend ein Problem herausgearbeitet, das auf die strategischen Herausforderungen verweist, auf die sich eine Expertenkommission im Kontext deliberativer Politik einstellen muss und das im Lauf des Jahres 2002 bei der Berichterstattung über Endlagerung und AkEnd-Handeln wichtig war.

4 Medieneffekte öffentlicher Kommunikation

Ziel des AkEnd war es, eine Standortsuche unter Bedingungen von Öffentlichkeitsbeteiligung (mit deliberativer Stoßrichtung) im Lauf der letzten Legislaturperiode vorzubereiten.¹⁷ Im Verlauf seiner Arbeit intensivierte der AkEnd seine öffentliche Kommunikation. Im ersten Halbjahr 2002 gelang es dem AkEnd auch, obwohl er nur über relativ geringe Ressourcen dafür verfügte, seine Medien- und Öffentlichkeitsarbeit zu verstärken. Dies dürfte bis zu ei-

nem gewissen Teil die gestiegene mediale Aufmerksamkeit erklären, die für die Massenmedien ab Februar 2002 gezeigt werden konnte. Werden diese Befunde mit anderen Ergebnissen der Medienrecherche zusammengeführt, so zeigt sich, dass der AkEnd sogar relativ gute Erfolge erzielte. In der „Frankfurter Rundschau“ erschien ein mehrspaltiger Artikel auf der Titelseite, „Bild der Wissenschaft“ berichtete im Mai-Heft 2002 ausführlich und die „Süddeutsche Zeitung“ veröffentlichte in einer Samstagsausgabe eine Sonderseite, auf der u. a. ein Interview mit dem Pressesprecher des AkEnd und ein ausführlicher mehrspaltiger Bericht über die Endlagersuche in Deutschland erschien.¹⁸ Auch nicht-öffentliche Veranstaltungen wie die Stakeholder-Gespräche, die der AkEnd durchführte, nutzte er zu regelmäßiger Presse- und Medienarbeit (vgl. z. B. die Pressekonferenzen vor den Stakeholder-Gesprächen¹⁹).

Diese öffentliche Kommunikation und die punktuelle Medienberichterstattung führten jedoch nicht dazu, dass der AkEnd zu einem zentralen Akteur der Medienberichterstattung über Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle wurde. Auch gelang es nur eingeschränkt, den innovativen Charakter seiner Arbeit als Nachricht zu transportieren. Der Nachrichtenwert von der prozeduralen Innovation, den der AkEnd mit der Vorbereitung seines Verfahrensvorschlags und seiner Entwicklung verschiedener Kriterienkataloge für die Einrichtung eines „sicheren“ Endlagers anbot, konnte den Medien nicht in der Weise vermittelt werden, dass diese selbst wiederum diesen positiv kommentierten oder zu Fürsprechern des Verfahrens wurden.

Stattdessen überlagerten sich verschiedene Konfliktdynamiken, die es dem AkEnd erschwerten, seine Schlüsselbotschaften in den Medien zu platzieren. Exemplarisch lässt sich dies am „Ausstieg“ einiger Umweltverbände aus dem Dialog mit dem AkEnd nachzeichnen, in die letzterer natürlich auch gerade die Umweltverbände integrieren wollte. Möglicherweise führten gerade auch die verstärkten Medienaktivitäten dazu, dass die Umweltverbände sich das Ziel setzten, mit ihrer Position zur Umweltpolitik der rot-grünen Bundesregierung in Konkurrenz zum AkEnd mediale Aufmerksamkeit zu gewinnen.

Drei bedeutende Umweltverbände²⁰ stellten im Frühsommer 2002 mit einer öffentlichen Erklärung ihre Beteiligung an der Verfahrensentwicklung für die Endlagersuche ein, die durch den AkEnd vorbereitet wurde. Der springende Punkt war dabei die Genehmigung für das Endlager-Projekt „Schacht Konrad“, die im Rahmen des dort laufenden Planfeststellungsverfahrens erfolgte.²¹ Dieses Planfeststellungsverfahren war seit den ersten Kontakten des AkEnd mit atomkritischen Akteuren ein heikles Thema gewesen. Atomkritische Akteure hatten immer wieder sowohl gegen das Gorleben-Moratorium in der beschlossenen Form als auch gegen die Verfahrenspolitik bei Schacht Konrad argumentiert.

Welche genauen Wirkungen das fachliche Statement hatte, in dem sich der AkEnd gegen das Ein-Endlager-Konzept aussprach und damit für eine räumliche Trennung zwischen einem Endlager für hochradioaktive Abfälle und einem weiteren für schwach- und mittlradioaktive Abfälle (wie z. B. für Schacht Konrad beantragt) aussprach, ist abschließend nicht genau einzuschätzen. In jedem Fall dürfte diese Position zusammen mit dem Fachaufsatz von den AkEnd-Mitgliedern Closs, Duphorn und Kühn in der Zeitschrift „Atomwirtschaft“ (Closs et al. 2002) nicht dazu beigetragen haben, die bereits artikulierten Bedenken der Umweltverbände zu zerstreuen. Einen standortunabhängigen Vorschlag zu entwickeln, hatte zur Aufgabenstellung gehört, die der AkEnd vom Bundesumweltministerium erhalten hatte. Dass Stakeholder wie hier die Umweltverbände Rahmenbedingungen der AkEnd-Arbeit, auf die der AkEnd selbst keinen Einfluss hatte, als Argument für einen Ausstieg aus dem Dialog benutzten, ist in deliberativen Prozessen (incl. ihrer Vorbereitung) so ungewöhnlich nicht. Die Thematisierung und Kritik an politischen Rahmenbedingungen, die den Ausgangspunkt für einen Neuanlauf der Aushandlung und Entscheidung strittiger Fragen bilden, wirken bei Kommunikationsprozessen, die Konflikte regulieren sollen, häufig konfliktverschärfend und nicht -entschärfend.²² Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn einzelne beteiligte Experten (hier AkEnd-Mitglieder) sich zu diesen Streitfragen, die auf Rahmenbedingungen abheben, fachlich positionieren.

5 Strategie und Dialog

Wenn der AkEnd durch den Ausstieg der Umweltverbände im Frühsommer 2002 in die Schlagzeilen der überregionalen Tagespresse kam (z. B. FR v. 4.6.02, taz v. 4.6.02), so ist dies unter PR-Gesichtspunkten nicht unbedingt negativ. „Auch schlechte Nachrichten sind Nachrichten“, lautet ein Merksatz der Öffentlichkeitsarbeit. Gerade in Konflikten nicht als kollektiver Akteur wahrgenommen zu werden, kann fatale Folgen haben. Unter dem Gesichtspunkt „Vorbereitung einer Verhandlungslösung“ allerdings besaß dieser Medieneffekt durchaus seine Tücken. Aus der Perspektive evaluierender Begleitforschung erscheint es nicht sehr günstig, wenn ein organisierender Akteur (wie hier der AkEnd) andere zentrale Akteure mit einem hohen Maß an öffentlicher Glaubwürdigkeit²³ in der Vorbereitungsphase als Unterstützer verliert, wenn sie bei den späteren Verhandlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit mit am Tisch sitzen sollen. Aus Sicht von Politikwissenschaft und Öffentlichkeitssoziologie stellt sich daran anschließend die Frage, ob der AkEnd an dieser Stelle ausreichend langfristig kalkulierte. Zu dieser langfristigen Perspektive könnte gehören, die Teilsysteme „Wissenschaft“ und „Politik“, aber auch das der allgemeinen Öffentlichkeit mit ihren erwartbaren Verhaltensweisen zu bedenken und entsprechend strategisch Ziel/Mittelkalküle situationübergreifend und erfolgsorientiert so einzusetzen, dass Umweltbedingungen mit reflektiert werden. Zu diesen Umweltbedingungen gehören die politischen Rahmenbedingungen ebenso wie die Reflexion der Erwartungshorizonte, die die verschiedenen Stakeholder aus ihrer Interessenlage heraus mit in den Dialog einbringen.

Der Politikwissenschaftler Raschke hat in einem anderen Zusammenhang (Handeln politischer Parteien) überzeugend ausgeführt, dass strategische Kommunikation und Bündniskompetenz Schlüsselmerkmale für strategische Handlungsfähigkeit darstellen (Raschke 2002, S. 217). Wenn mitgliederstarke Umweltverbände sich aus der Vorbereitung eines neuen Standortsuchverfahrens für ein atomares Endlager zurückziehen, dann bedeutet dies für den angestrebten bürgerschaftlichen Dialog einen strategischen Nachteil, der nur mit erheblichem Aufwand zu kompensieren sein wird.

Anmerkungen

- 1) Bei diesem Artikel handelt es sich um eine stark überarbeitete Fassung eines Vortrages, der im Juli 2002 auf der Jahrestagung der „Society of Risk Analysis Europe“ in Berlin gehalten wurde. Auch wurden die Daten aktualisiert.
- 2) Allein in der EU lagern gegenwärtig 45.000 Tonnen verbrauchter Kernbrennstoffe. Jährlich kommen weitere 2.600 Tonnen hinzu (FR v. 4.6.02, S. M1; zu den Nuklearabfällen in Deutschland siehe AkEnd 2002, S. 15f.)
- 3) Finnland entschied sich 2001 für den Bau eines Endlagers an einem Standort, an dem sich bereits mehrere Nuklearanlagen befinden (atw 46/11 <2001>, S. 740, SZ v. 19.10.2002). Nach dem Regierungswechsel von Clinton zu Bush wurde das amerikanische Endlager-Projekt in Nevada Ende 2001/Anfang 2002 politisch forciert (FAZ v. 11.7.02, FAZ v. 12.7.02, FR v. 11.7.02, S. 2).
- 4) Neben der aktuellen Erhebung, die begleitend zur Evaluationsforschung durchgeführt wurde (Juni 2001 bis Oktober 2002) und auf die allein sich die hier dargestellten Ergebnisse stützen, wurde retrospektiv für ein kleineres Medien-Sample (vier Massenmedien und zwei Fachpublikationen) eine retrospektive Datenerhebung durchgeführt.
- 5) Siehe dazu Früh 1998 und Wirth/Lauf 2001.
- 6) Als mediale Wortmeldungen wurden neben eigenständigen Artikeln auch einzelne Textpassagen erhoben, die das Thema „Endlagerung“ behandelten.
- 7) Ausführlicher dazu siehe Unterkapitel B in Hocke 2001.
- 8) Zu den untersuchten Printmedien der massenmedialen Öffentlichkeit gehören als bundesweit berichtende Abonnementzeitungen die „Frankfurter Rundschau“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, als Wochenzeitungen „Focus“ und „Der Spiegel“, als Wirtschaftszeitungen die „Financial Times Deutschland“ und das „Handelsblatt“, als Straßenverkaufszeitung „Bild“ und als links-libertäre Tageszeitung mit Nähe zur Anti-Atomkraft-Bewegung die „tageszeitung“ sowie vier regionale Abonnementzeitungen („Freie Presse Chemnitz/Zwickauer Zeitung“, „Lausitzer Rundschau“, „Südkurier“, „Elbe-Jeetzel-Zeitung“). Der Diskurs der Fachöffentlichkeit wurde durch eine Zusatzerhebung dreier Fachzeitschriften rekonstruiert (atw, Strahlentext/Elektrosmog-Report, anti-atom-aktuell).
- 9) Vgl. AkEnd 2002a, AkEnd 2001, BMU 2002.
- 10) Die repräsentativen Bevölkerungsumfragen wurden in den Jahren 2001 und 2002 durchgeführt und wurden durch eine Regionalbefragung ergänzt (siehe Stolle 2002; AkEnd 2002, S. 57-62).
- 11) Die Medienresonanz, die der AkEnd fand, wurde dabei punktuell in Relation zum Input gesetzt, den der AkEnd in die „allgemeine Öffentlichkeit“ (Beobachtungsraum der Massenmedien) und in die zu unterscheidenden Teilöffentlichkeiten einbrachte (Beobachtungsraum der Fachmedien). Zu diesem Input gehörten z. B. die jährlichen AkEnd-Workshops mit Präsentationen zum Arbeitsstand und zu Zwischenergebnissen.
- 12) Vgl. das „Arena-Modell“, das Neidhard/Gerhards 1993 und Gerhards 1994 ausführen. – Experten wie die des AkEnd besitzen dabei wegen ihrer deliberativen Aufgabenstellung verschiedene Rollen in verschiedenen Arenen, über die von Fall zu Fall in den Medien berichtet wird: Einerseits treten sie in der wissenschaftlichen Arena traditionell als Fachleute auf. Andererseits agieren sie in der „allgemeinen Öffentlichkeit“ als Öffentlichkeitsarbeiter, die für das deliberative Verhandlungsmodell eintreten. Darüber hinaus handeln sie in der politischen Öffentlichkeit als Vertreter einer regierungsnahen und damit nicht parteienunabhängig wahrgenommenen Expertenkommission. Der Konflikt, in dem sie agieren, wird also in mindestens drei Arenen ausgetragen. Für alle drei Arenen benötigte der AkEnd entsprechend tragfähige Vorstellungen und Konzepte.
- 13) Der Durchschnittswert ist hier nur über die komplett erhobenen Quartale, also ohne die Monate Juni und Juli 2001 gerechnet. Die Zahl der Endlager-Artikel pro Quartal schwankte zwischen 30 und 51, während sie sich bei den anderen Nuklearthemen zwischen 135 und 421 bewegte.
- 14) Hier wird allein auf die massenmediale Berichterstattung zurückgegriffen, da Fachpublikationen in besonderer Weise der Expertenkommunikation dienen.
- 15) Zum Beispiel Kepplinger 1989, S. 171.
- 16) Siehe dazu Gloede/Hocke/Stolle 2001 und Hocke-Bergler/Stolle 2003
- 17) Siehe z. B. Wolfram König, Verantwortung übernehmen – Wege zur Entsorgung in Deutschland, in: BMU 2002, S. 55.
- 18) FR v. 4.3.02, S. 1; Bild der Wissenschaft, H5 (2002), S. 88-91; SZ v. 10.10.02, S. 2.
- 19) Eine Auflistung der stattgefundenen Stakeholder-Gespräche findet sich im Endbericht des AkEnd (AkEnd 2002, S. 258f).
- 20) Dies waren der BUND, der Nabu und Robin Wood (vgl. FR v. 4.6.02; atw 47/7 <2002>, S. 502). Greenpeace hatte sich bereits sehr früh gegen eine Beteiligung am Dialog mit dem AkEnd ausgesprochen.
- 21) Schacht Konrad war bisher als Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle konzipiert, während Gorleben die hochradioaktiven

Abfälle aufnehmen sollte. Zum spezifischen Auftrag, den der AkEnd von BMU erhalten hatte, gehörte es, sich nicht zu den konkreten deutschen Endlager-Standorten zu äußern. Dies war eine der spezifischen Rahmenbedingungen, die mit dem sog. Atomkonsens in Einklang zu bringen war.

- 22) Vgl. die Hinweise, die Bora/Daele (1997) und Gloede (1997) auf das Zusammenwirken von diskursiver Verständigung und politischen Rahmenbedingungen am Beispiel des technologiepolitischen Konflikts bei gentechnischen Eingriffen geben.
- 23) Nach der ITAS-Umfrage 2001 werden Umweltverbände von 57,9 Prozent der Befragten als „besonders glaubwürdig“ eingeschätzt. Damit waren sie nach den Umweltforschungsinstituten der zweitglaubwürdigste Akteur bei der Frage, welchen Akteuren bei Informationen zur Kernenergie Vertrauen entgegengebracht wird (zit. n. AkEnd 2002, S. 59)

Literatur

AkEnd, 2001: Erster Workshop „Wege zur Endlagerung“ (Kassel, 15./16. September 2000). Tagungsbericht. Broschüre (o. O.)

AkEnd, 2002: Auswahlverfahren für Endlagerstandorte. Empfehlungen des AkEnd (Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte). Köln, Dezember 2002

AkEnd, 2002a: Zweiter Workshop „Wege zur Endlagerung“ (28./29. September 2001 in Mörfelden-Walldorf bei Frankfurt a.M.). Tagungsbericht. Broschüre (o. O.)

Bora, A.; Daele, W. van den, 1997: Partizipatorische Technikfolgenabschätzung. Das Verfahren des Wissenschaftszentrums Berlin zu transgenen herbizidresistenten Kulturpflanzen. In: Köberle, S. et al. (Hrsg.): *Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen*. Baden-Baden: Nomos, S. 124-151

BMU, 2002: Energiewende: Atomausstieg und Klimaschutz. Dokumentation der Fachtagung vom 15. und 16. Februar 2002 in Berlin. Berlin (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit)

Closs, K.-D.; Duphorn, K.; Kühn, K., 2002: Ein- oder Mehr-Endlager-Konzept. Ein persönlicher Beitrag zur Diskussion der Vor- und Nachteile. In: *atw* 47/5 (2002), S. 302-306

Früh, W., 1998: *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz. 4. überarb. Aufl.

Gerhards, J., 1994: Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öf-*

fentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag (Sonderheft 34 der KZfSS), S. 77-106

Gerhards, J.; Neidhardt, F., 1993: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit – Fragestellungen und Ansätze. In: Langenbucher, W.R. (Hrsg.): *Politische Kommunikation – Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Wien: Braumüller, S. 52-88

Gloede, F., 1997: Das TAB-Projekt „Biologische Sicherheit“ bei der Nutzung der Gentechnik. In: Köberle, S. et al. (Hrsg.): *Diskursive Verständigung? Mediation und Partizipation in Technikkontroversen*. Baden-Baden: Nomos, S. 101-123

Gloede, F.; Hocke, P.; Stolle, M., 2001: Evaluation des AkEnd-Workshops in Mörfelden-Walldorf. Karlsruhe: Forschungszentrum Karlsruhe, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse

Hocke-Bergler, P.; Stolle, M., 2003: Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen und der Medienanalyse zum Thema Endlagerung radioaktiver Abfälle. Endbericht im Rahmen der fachlichen Unterstützung des AkEnd. Karlsruhe: Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (Fassung Januar 2003)

Hocke, P., 2001: Codebuch Medienauswertung zur Evaluation des AkEnd. Ms. Forschungszentrum Karlsruhe, Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse

Kepplinger, M., 1989: *Künstliche Horizonte. Folgen, Darstellung und Akzeptanz von Technik in der Bundesrepublik*. Frankfurt a.M.: Campus

Raschke, J., 2002: Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept. In: Nullmeier, F. et al. (Hrsg.): *Jenseits des Regierungsalltags. Die Strategiefähigkeit politischer Parteien*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 207-242

Renneberg, W., 2001: Perspektiven der Entsorgung. In: Ossenbühl, F. (Hrsg.): *Deutscher Atomrechtstag 2000*. Baden-Baden: Nomos, S. 145-148

Stolle, M., 2002: Beeinflusst das Interesse für Technik die Einstellung zur Entsorgung radioaktiver Abfälle? In: *TATuP* 11/3+4 (2002), S. 140-148

Wirth, W.; Lauf, E. (Hrsg.), 2001: *Inhaltsanalyse. Perspektiven, Probleme, Potentiale*. Köln: Halem

Kontakt

Dr. Peter Hocke-Bergler
 Forschungszentrum Karlsruhe GmbH
 Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS)
 Postfach 3640, 76021 Karlsruhe
 Tel.: +49 (0) 72 47 / 82 - 67 94
 Fax: +49 (0) 72 47 / 82 - 60 45
 E-Mail: hocke@itas.fzk.de
 Internet: <http://www.itas.fzk.de>

«